

Anfragen zum Plenum in der 50. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Klaus Adelt
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch waren die Gewerbesteuer-einnahmen der kreisfreien Städte Bayerns in den Jahren 2003, 2008 und 2013?

Hubert Aiwanger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Tatsachen haben konkret zur Ungültigerklärung der Bürgermeister- und Stadtratswahl in Geiselhöring geführt, gegen wie viele Personen wird in diesem Zusammenhang polizeilich ermittelt und wann ist mit einer Anklageerhebung zu rechnen?

**Prof. (Univ. Lima) Dr.
Peter Bauer**
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, besteht beim Besuch einer offenen Ganztagschule (beispielsweise Grundschule) mit dem Schulprofil Inklusion für ein förderbedürftiges Kind im Sinne der Inklusion auch für die am Nachmittag erfolgte Betreuung mit Schulbegleitung oder einer heilpädagogischen Fachkraft von staatlicher Stelle Unterstützung und wenn dies nicht so sein sollte, wie steht dies mit der Umsetzung der Inklusion in Einklang und welche weiteren Möglichkeiten für förderbedürftige Kindern bei Beschulung in der Regelschule gibt es über den Vormittagsunterricht hinaus?

Margarete Bause
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Flüchtlinge sind derzeit jeweils in den beiden Erstaufnahmeeinrichtungen und welchen jeweiligen Außenstellen in Bayern untergebracht und wie wird die Sozialbetreuung mit dem versprochenen Schlüssel von 1 : 100 an den einzelnen Standorten jeweils sichergestellt?

Susann Biedefeld
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum liegt ausschließlich in Bayern die Altersgrenze, um in die Jugendfeuerwehr einzutreten, bei zwölf Jahren (in allen anderen Bundesländern bei sechs, acht bzw. zehn Jahren), was gedenkt die Staatsregierung in Anbetracht des demografischen Wandels zu unternehmen, um den Bestand der Freiwilligen Feuerwehren längerfristig im ländlichen Raum zu sichern, welche Mittel werden im Doppelhaushalt 2015/2016 speziell den Kinder- und Jugendfeuerwehren zur Verfügung gestellt?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung nach den aktuellen Medienberichten über eine starke Belastung von Brezeln mit Aluminium, in wel-

chem Jahr solche hohen Belastungen vom Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit bzw. von bayerischen Lebensmittelkontrolleuren zum ersten Mal festgestellt wurden, wie viele Beanstandungen es prozentual seither in Bayern pro Jahr gegeben hat (bitte Auflistung pro Jahr), und welche konkreten Maßnahmen die Staatsregierung seither dagegen ergriffen hat (bitte Auflistung mit Art und Datum der Maßnahme)?

Kerstin Celina
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, an welchen Stellen in Bayern in Zukunft eine Präimplantationsdiagnostik (PID) durchgeführt werden kann, mit wie vielen Fällen pro Jahr rechnet sie und auf welchen Daten diese Berechnung fußt?

Dr. Sepp Dürr
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was die Beihilfestellen des Freistaates Bayern auf das Schreiben der Sonderkommission „Labor“ vom 5. August 2008 bezüglich eines „Großermittlungsverfahrens gegen den Laborkonzern Schotttdorf“ geantwortet, was sie danach veranlasst und wen sie über dieses Schreiben bzw. seinen Inhalt informiert haben?

Dr. Hans Jürgen Fahn
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie lange dauerten die Hilfsfristen in den Jahren 2013 und bis November 2014 (Zeitdauer von der Unfallmeldung bis zum Eintreffen am Unfallort) in den jeweils 32 Gemeinden in den Landkreisen Miltenberg und Aschaffenburg (aufgeschlüsselt nach Gemeinden und Notfallereignissen) bzw. wie oft lag die jeweilige Anfahrtszeit unter zwölf Minuten (bitte aufschlüsseln nach Gemeinden) und in welchen Fällen (bitte Gemeinde und Notfallereignis nennen) wurde diese Anfahrtszeit von zwölf Minuten noch um 20 Prozent und mehr überschritten (mit entsprechender Nennung und der Begründung der Abweichung)?

Günther Felbinger
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, ob das Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 26. November 2014 – C-22/13 – u.a. Auswirkungen auf im Freistaat Bayern befristet im schulischen Bereich vergebene Verträge hat, ob es insbesondere objektive und transparente Kriterien für die Prüfung, ob eine Verlängerung einem echten oder vorübergehenden Bedarf entspricht, gibt und welche Maßnahmen zur Vermeidung des missbräuchlichen Rückgriffs auf aufeinanderfolgende befristete Arbeitsverträge im schulischen Bereich ergriffen werden?

Markus Ganserer
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Änderungen plant sie an den „Richtlinien für die Gewährung von Zuwendungen des Freistaats Bayern für den öffentlichen Personennahverkehr“ (RZÖPNV), nachdem die RZÖPNV Ende 2014 auslaufen und das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr bei der Busförderung umfassende Veränderungen angekündigt hat, inwieweit bleiben Busse mit Rampe (Niederflurbus) oder Hublift (Hochflurbus mit max. 860 mm Fußbodenhöhe) weiterhin förderfähig und aus welchen Gründen plant die Staatsregierung Änderungen der RZÖPNV?

Thomas Gehring
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie lautet die durchschnittliche Übertrittsnote im Schuljahr 2013/2014 pro Schulamtsbezirk in

Bayern (Klasse 4) und wie viel Prozent der Schülerinnen und Schüler mit Eignung für Mittelschule, Realschule oder Gymnasium sind der jeweiligen Empfehlung gefolgt?

Ulrike Gote
(GRU)

Schriftliche Anfrage, die als Anfrage zum Plenum gestellt wurde (§ 72 Abs. 1 Satz 2 GeschOLT):

Vor dem Hintergrund, dass Medienberichten zufolge (Nordbayerischer Kurier, 18. Oktober 2014) ab 1997 mit Mario B. eine der zentralen Figuren des rechtsradikalen Thüringer Heimatschutzes jahrelang im Verbindungshaus der Burschenschaft Thessalia zu Prag in Bayreuth lebte, frage ich die Staatsregierung:

1. Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass die Burschenschaft Thessalia zu Prag sich zu ihren Aufnahmekriterien in der Zeitschrift der Deutschen Burschenschaft (DB), den Burschenschaftlichen Blättern, folgendermaßen äußert „So weist Professor J. Phillippe Rushton in seinem Werk ‚Rasse, Evolution und Verhalten‘ ein signifikantes asiatisches/europäisches/negrides Gefälle nach, welches in Bezug auf die Entwicklungsgeschwindigkeit, die Sterberaten, die Persönlichkeit, das Funktionieren der Familie, die Gesetzestreue, die Sozialorganisation und andere Variablen erkennbar sei. Obwohl es sich bei den Ergebnissen sämtlicher Untersuchungen naturgemäß nur um Durchschnittswerte handelt, kann als unbestreitbar festgehalten werden, daß gewisse Charaktereigenschaften für bestimmte Völker und Arten typusbestimmend sind,...“ und die Mitgliedschaft von Menschen mit „nicht-europäischer Gesichts- und Körpermorphologie“ ausschließt?

2.1 Welche Kriterien sind ausschlaggebend dafür, dass die Danubia im bayerischen Verfassungsschutzbericht 2013 Erwähnung findet, die Thessalia hingegen nicht, wo doch der bekannte NPD-Aktivist Andreas Wölfel sowie der NSU-Unterstützer Mario B. ebenfalls Thessalen sind?

2.2 Inwieweit unterscheiden sich die Äußerungen der Thessalia in den Augen der Staatsregierung von der Aktivitas der Burschenschaft Danubia, die laut dem Verfassungsschutzbericht 2013 „einen übersteigerten Nationalismus im völkischen Sinne“ propagiert?

2.3 Inwieweit sieht die Staatsregierung in den unter 1. aufgeführten Äußerungen und dem Aufnahmekriterium, „daß nur Thessale werden kann, wer deutscher Herkunft ist, egal welchen Paß er trägt“, einen Anhaltspunkt für verfassungsfeindliche Bestrebungen und oder volksverhetzende bzw. rechtsextremistische Tendenzen innerhalb der Thessalia?

3.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass der Thessale Mario B. im NSU-Abschlussbericht des Landes Thüringen mit voller Nennung seines Namens und Burschenschaftsnamens als einer von zehn Unterstützern des NSU eingestuft wird und welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung daraus?

3.2 Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus der neuen Erkenntnis, dass der NSU-Unterstützer Mario B. über mehrere Jahre im Verbindungshaus der Burschenschaft Thessalia gemeldet war und die Burschenschaft somit bekennenden Neonazis ein Zuhause gibt?

4.1 Welche Kenntnisse hat die Staatsregierung über die Verbindungen der Thessalen Mario B., Andreas W. und Stefan H. zu anderen rechtsextremistischen Organisationen und Verbänden?

4.2 Sind der Staatsregierung außer den genannten noch andere Thessalen bekannt, die Beziehungen zur rechtsextremistischen Szene unterhalten oder in der Vergangenheit unterhalten haben (Bitte um Auflistung)?

5. Welche Angehörige der Staatsregierung waren in der Vergangenheit bzw. sind derzeit noch Mitglieder einer Burschenschaft oder Verbindung, die im Dachverband der Deutschen Burschenschaft und/oder der Burschenschaftlichen Gemeinschaft organisiert sind (bitte möglichst mit Eintritts- und ggf. Austrittsdaten angeben)?

6.1 Wie beurteilt die Staatsregierung die Tatsache, dass die Thessalia ihr Stiftungsfest im Oktober 2014 in den Räumlichkeiten der Eremitage in Bayreuth abhielt, wie dem Facebook-Auftritt der Burschenschaft zu entnehmen ist?

6.2 Gibt die Staatsregierung den Pächterinnen und Pächtern ihrer Liegenschaften Richtlinien und/oder Hilfestellungen bezüglich Nutzung und/oder Vermietung durch bzw. an verschiedene gesellschaftliche Gruppen und/oder Organisationen an die Hand?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Da laut Entwurf des Haushaltsplans 2015/2016 im Kap. 13 60 der Tit. 351 02 (Entnahmen aus der Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage zur Finanzierung der Fonds der Offensive Zukunft Bayern) wegfallen wird und die Mittel nicht mehr gesondert der Rücklage entnommen werden sollen, frage ich die Staatsregierung, wie hoch sollen nach ihrer Meinung die Mittel zum Ersatz der Dividenden für die Fonds (bislang 28.951,9 Tsd. Euro pro Jahr) künftig jährlich insgesamt sein, und wie will die Staatsregierung künftig eine Darstellung der Ersatzmittel für die Dividenden im Haushaltsplan gewährleisten, die sowohl einen Gesamtüberblick der Mittel gibt als auch deren Zusammenhang mit den Fonds bei der BayernLB verdeutlicht?

Ludwig Hartmann
(GRU)

Als Nachfrage auf die Antwort zu meiner Schriftlichen Anfrage, datiert durch ein Schreiben des Staatssekretärs im Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Franz Josef Pschierer, auf den 27. November 2014, in Zusammenhang mit der Antwort der Staatsregierung auf die Anfrage meiner Kollegin Claudia Stamm zum Plenum am 30. September 2014 (Drs. 17/3182), frage ich die Staatsregierung, ob immer noch die Förderung für die gesamte Ausbaumaßnahme am Sudelfeld Gegenstand des Förderantrags ist, wo doch bereits ein beträchtlicher Teil der Investitionsmaßnahmen (nämlich 12 Mio. Euro) abgeschlossen ist, ob eine Förderung trotz bereits getätigter Investitionen zulässig ist, da von einem „beihilfeunschädlichen Maßnahmebeginn“ (Antwort auf meine o.g. Schriftliche Anfrage, Punkt 2. a bis c) gesprochen wird und warum sich offensichtlich eine Diskrepanz in der Bewertung der Bergbahnen Sudelfeld GmbH & Co. KG als Antragstellerin, die „die Kriterien eines kleinen Unternehmens entsprechend der KMU-Definition der Europäischen

Kommission“ erfüllt (Drs. 17/3182), während bei der Antwort auf meine oben genannte Schriftliche Anfrage, Punkt 5.b noch von weiteren Prüfungen der Beteiligung von Herrn Pletzer an der Bergbahnen Sudelfeld GmbH und Co. KG ausgegangen wird, ergibt?

Dr. Leopold Herz
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie setzt sich die staatlich-kommunale Arbeitsgruppe, die sich mit der Reform der Gemeindegemeinschaftszuweisungen beschäftigt zusammen (bitte die beteiligten Vertreter der Behörden/Institutionen/Kommunen benennen und auflisten), welcher Anteil an den Schlüsselzuweisungen war bisher den Zweitwohnungen zuzurechnen und wie sehen die offensichtlich vorhandenen Modellberechnungen nach den bisherigen Ergebnissen des gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden in Auftrag gegebenen Gutachtens im Einzelnen für die Kommunen in Bayern aus (bitte die Kommunen benennen und bayernweit auflisten)?

Christine Kamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche ehemaligen Verwaltungsgebäude, Unterrichtsgebäude, Krankenhäuser und Wohnheime für Studierende und Schülerinnen bzw. Schüler stehen derzeit in Bayern leer, welche davon können für die Unterbringung von Flüchtlingen verwendet werden und warum hat der Freistaat Bayern Räume der ehemaligen pädagogischen Hochschule, insbesondere des angrenzenden Wohnheims für Studierende bei der Schillstraße 100 in Augsburg, als Flüchtlingsunterkunft nicht angeboten?

Annette Karl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Familien beziehen in den bayerischen Stimmkreisen 307 und 308 Betreuungsgeld im Vergleich zur Gesamtzahl der möglichen Bezugsfamilien?

Nikolaus Kraus
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, warum ist es nicht möglich, ein in der Gemeinde Oberschleißheim, Landkreis München optimal gelegenes Grundstück, das im Besitz der Bayerischen Schlösser- und Seenverwaltung ist, als Standort für Asylbewerberunterkünfte zur Verfügung zu stellen ?

Ulrich Leiner
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Anlassdelikte führen in Bayern zur Verurteilung mit anschließender Unterbringung in der Forensik (aufgeschlüsselt nach § 63 und § 64 des Strafgesetzbuches – StGB), wie lange ist die Aufenthaltsdauer bei den jeweiligen Delikten und wie ist der Entwicklungsstand im Aufbau eines unabhängigen und öffentlich kontrollierten Sachverständigenwesens für forensische Gutachter in den Rechtsgebieten Strafrecht bzw. Jugendstrafrecht, Glaubhaftigkeit der Zeugenaussage, Familienrecht, Sozial-, Zivil- und Verwaltungsrecht und Neuropsychologie?

Andreas Lotte
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie ist der Durchschnitt der bayerischen Mietpreissteigerungen (aktuellste verfügbare Daten), welche Gebiete Bayerns sind von den bayerischen Durchschnitt übersteigenden Mietpreissteigerungen betroffen, und inwiefern decken sich diese Gebiete mit den Gebieten in der Kappungsgrenzen-

kungsverordnung (Auflistung der konkreten Gebiete und Schnittmengen)?

Peter Meyer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wann in den letzten sechs Monaten wurde die dezentrale Flüchtlingsunterkunft „Gasthof Stamm“ in Eckersdorf von den zuständigen Stellen des Landratsamts Bayreuth (insbesondere Gesundheitsamt) auf das Einhalten der erforderlichen Grundvoraussetzungen (insbesondere Hygiene) überprüft (Datum, Stelle des Landratsamtes, Ergebnis), inwiefern entspricht die genannte Unterkunft den „Leitlinien zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber“ des damaligen Staatsministeriums Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom April 2010 (einschließlich funktionsfähiger Möblierung) und kann das Landratsamt Bayreuth zusichern, dass die Raumheizung in allen Räumen der Unterkunft funktionsfähig und ausreichend ist?

Jürgen Mistol
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, sind die neuen Fahrzeuge vom Typ PESA LINK, die zum Fahrplanwechsel auf der Strecke Regensburg – Schwandorf – Weiden – Marktredwitz – Cheb zum Einsatz kommen sollen, mittlerweile vom Eisenbahnbundesamt zugelassen und kann das Zugangebot ab kommendem Sonntag, dem 14. Dezember 2014, wie geplant an den Start gehen?

Ruth Müller
(SPD)

Nachdem der Bayerische Rundfunk berichtet hat, dass an vielen bayerischen Schulen eine Videoüberwachung stattfindet, frage ich die Staatsregierung, an welchen Schulen in Niederbayern (aufgeschlüsselt nach Landkreisen und Gemeinden) eine Videoüberwachung stattfindet bzw. Tonaufnahmen durchgeführt werden, wie lange die Daten gespeichert werden, und ob die Schulfamilie und die Schulaufwandsträger dieser Überwachung zugestimmt haben?

Alexander Muthmann
(FREIE WÄHLER)

Nachdem der Landkreis Passau bereits den Förderbescheid 2014 zu den Fördermitteln für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) erhalten hat, frage ich die Staatsregierung, wie hoch die ÖPNV-Zuweisungen 2003 bis 2014 in absoluten Zahlen pro Landkreis in Niederbayern sind und wie hoch der prozentuale Anteil an Förderung im Vergleich zu den jeweiligen benötigten ÖPNV-Gesamtaufwendungen der Landkreise in Niederbayern in der Zeit von 2003 bis 2014 ist (Auflistung nach Landkreisen und Jahren)?

Thomas Mütze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, auf welcher Datengrundlage die Berechnung der Gebührenhöhe für eine Entscheidung der Präimplantationsdiagnostik (PID) durch die Ethikkommission beruhen wird und in welcher Höhe die Gebühren nach Erwartung der Staatsregierung liegen werden?

Verena Osgyan
(GRU)

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Ministerpräsident Horst Seehofer auf der 20-Jahr-Feier der Technischen Hochschule Ingolstadt (THI) laut „Donaukurier“ vom 13. Oktober 2014 angekündigt hat, „dass er sich für ein Promotionsrecht an allen Technischen Hochschulen - also auch an der THI - einsetzen wolle“, diese Ankündigung jedoch im Widerspruch zur Position des

Staatsministers für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst, Dr. Ludwig Spaenle, steht (dieser argumentierte am 1. April 2014 in Ingolstadt anlässlich eines Grußworts beim Spatenstich für den Forschungsbau CARISSMA der Technischen Hochschule Ingolstadt gegen ein Promotionsrecht für Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) und kündigte mit dem Verweis darauf, dass man sich hierbei „auf dem richtigen Weg“ befinde an, „das Instrument der kooperativen Promotion weiter auszubauen“, (http://www.km.bayern.de/download/9368_140402_c11_carissma_ingolstadt.pdf), frage ich die Staatsregierung, wie sie grundsätzlich zum Promotionsrecht für HAW steht, wie sich die erwähnten Positionsunterschiede innerhalb der Staatsregierung erklären lassen und wie die konkreten Planungen zur von Ministerpräsident Horst Seehofer angekündigten Einführung des Promotionsrechts „an allen Technischen Hochschulen“ im Detail aussehen (Zeitplan, Konzept etc.)?

Kathi Petersen
(SPD)

Vor dem Hintergrund der Debatte über den geplanten Bau von neuen Höchstspannungsleitungen von Nord- nach Süddeutschland frage ich die Staatsregierung, inwiefern sie mit dem 525-kV-Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs(HGÜ)-Kabelsystem der Firma ABB zur Erdverkabelung vertraut ist, ob sie die Möglichkeit einer Verwendung dieses Kabelsystems für die Verwendung von Erdverkabelung bei „SuedLink“ geprüft hat bzw. prüfen wird und wie sie zu Behauptungen der Firma ABB und diesbezüglichen Berechnungen der Firma Infranetz AG steht, dass mit diesem System die Übertragungskapazitäten verdoppelt, Übertragungsverluste unter fünf Prozent gehalten sowie die Betriebs- und Investitionskosten insgesamt gesenkt würden?

Hans-Ulrich Pfaffmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, hat sie Erkenntnisse über die Weigerung niedergelassener Ärztinnen bzw. Ärzte und von Notaufnahmen bayerischer Krankenhäuser, akut erkrankte Asylbewerberinnen und -bewerber aus den Erstaufnahmeeinrichtungen zu behandeln, und wenn ja, welche Konsequenzen zieht sie aus entsprechenden Erkenntnissen?

Prof. Dr. Michael Piazzolo
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich die Abgabezahlen der Schriften der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit in den zurückliegenden zehn Jahren entwickelt haben, aufgeschlüsselt nach kostenpflichtigen und nicht kostenpflichtigen Schriften und dem Erscheinungsjahr der Schriften?

Dr. Christoph Rabenstein
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie die Forderungen der oberfränkischen Regierungsvizepräsidentin und der Handwerkskammer für Oberfranken bezüglich eines sicheren Aufenthaltsrechts von Flüchtlingen nach einer abgeschlossenen Ausbildung sowie ergänzend den Vorschlag der sogenannten 3 + 2-Regel des Bayerischen Handwerkstages, bei der demnach Unternehmen eine Garantie zugesichert wird, dass Flüchtlinge nicht während der Ausbildung und zwei Jahre nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung ausgewiesen werden können, und welche Maßnahmen werden von der Staatsregierung ergriffen, diese Forderungen umzusetzen?

Georg Rosenthal
(SPD)

Nachdem die AOK Bayern und die bayerischen Kassenzahnärzte bezüglich der zahnärztlichen Vergütung für das Jahr 2014 nicht zu einer Einigung kamen, frage ich die Staatsregierung, ob sie Kenntnis von der Ablehnung des Schiedsspruches bezüglich der Vergütung der Zahnärzte durch die AOK Bayern im Jahr 2014 hat und was sie zu unternehmen gedenkt, um die offene Vertragssituation im Interesse der Patienten und Zahnärzte zu einer einvernehmlichen Lösung zu führen?

Harry Scheuenstuhl
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, werden nicht-energiebedingte Treibhausgasemissionen (aus Land- und Forstwirtschaft und Landnutzung, Abfallwirtschaft, aus industriellen Prozessen und Produktanwendungen, Gewinnung, Verteilung und Lagerung von Brennstoffen) in Bayern erfasst, werden nicht-energiebedingte Treibhausgasemissionen in die Statistik zur Erreichung des Klimaschutzziels in Bayern mit eingerechnet und glaubt die Staatsregierung, dass eine Verringerung der nicht-energiebedingten Treibhausgasemissionen wesentlich zu einer Reduzierung der CO₂-Emissionen im Freistaat beitragen kann?

Gabi Schmidt
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie sind die einzelnen Bahnübergänge in Bayern technisch gesichert (sortiert nach Regierungsbezirken), wie viele Unfälle ereigneten sich in den vergangenen fünf Jahren je Bahnübergang und an welchen Bahnübergängen werden in den kommenden fünf Jahren technische Sicherungen ausgebaut?

Katharina Schulze
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, nach welchen Kriterien (ökologische, wirtschaftliche, gesundheitliche) die Vergabe der Produktion der neuen Polizeuniformen erfolgt und wie sichergestellt wird, dass die Produktion unter Einhaltung sozialer, medizinischer und ökologischer Standards erfolgt und dass die Produktion ohne ausbeuterische Kinderarbeit erfolgt?

Gisela Sengl
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Schulküchen gibt es, aufgeteilt nach Schulen, in Bayern, wie ist die durchschnittliche Größe und Einrichtung und wie oft werden diese Schulküchen im Rahmen des (Wahl-)Fachs „Hauswirtschaft“ durchschnittlich pro Schuljahr von den Schulen oder von anderen Nutzern, z.B. Volkshochschulen, genutzt?

Claudia Stamm
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, für welche einzelnen Maßnahmen die im Entwurf des Doppelhaushalt 2015/2016 einschließlich Nachschubliste und im Nachtragshaushalt 2014 in Kap. 13 03 Tit. 671 01 für Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des G7-Gipfels 2015 veranschlagten Mittel in Höhe von insgesamt 4,2 Mio. Euro vorgesehen sind - aufgelistet nach präzisiertem Verwendungszweck in Euro?

Rosi Steinberger
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, welche Reaktion ist von ihrer Seite angedacht bezüglich der erhöhten Beanstandungsquoten von Aluminium in Laugengebäck und gibt es Bestrebungen, die in Baden-Württemberg praktizierte Handlungsweise für Bayern zu übernehmen?

Florian Streibl
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Ergebnisse erbrachten die nach dem von Ministerpräsident Horst Seehofer einberufenen Runden Tisch zur Verlängerung der S7 von Wolfratshausen nach Geretsried vom Januar 2014 festgelegten Arbeitsaufträge bislang und wann ist mit einem weiteren Runden Tisch in der Frage zu rechnen?

Martin Stümpfig
(GRU)

Ich frage die Staatsregierung, was war der konkrete Inhalt des Angebots der Verbund AG an den Freistaat Bayern zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit, von dem der Vorstandsvorsitzende der Verbund AG, Wolfgang Anzengruber, am Montag, den 1. Dezember 2014, gegenüber der Presse berichtet hat, wann und in welcher Form wurde dieses Angebot der Staatsregierung unterbreitet?

Dr. Karl Vetter
(FREIE WÄHLER)

Nachdem private Messungen in den Bereichen Grabenstraße, Dieberger Weg, Herrenstraße (Altstadtbereich) und Vogelherdsiedlung entlang der 2013 für den Verkehr freigegebenen Umgehungsstraße (B 20) in Furth im Wald sehr hohe Schallpegel von nachts über 70 dB ergeben haben, frage ich die Staatsregierung, sieht sie eine Möglichkeit, in den genannten Bereichen staatliche Schallmessungen durchführen zu lassen und welche Möglichkeiten sieht sie, um die Lärmbelastung der anliegenden Bürger in Zukunft deutlich zu senken und maximal auf die gesetzlich vorgeschriebenen Werte zu begrenzen?

Jutta Widmann
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind im Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie direkt und indirekt mit Tourismus beauftragt, wie viele Referate sind für dieses Thema zuständig und welchen Stellenwert räumt die Staatsregierung dem Tourismus in Bayern ein?

Benno Zierer
(FREIE WÄHLER)

Ich frage die Staatsregierung, welche Bundestags- und Landtagsabgeordneten und Vertreter (bitte auch deren Kommunen auflisten) haben persönliche Einladungen zur Informationsveranstaltung des Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr zur B 15 neu am 6. Dezember 2014 in Hinterberg bei Dorfen erhalten, von welchen Bürgerinitiativen wurden Vertreter eingeladen und nach welchen Kriterien wurde festgelegt, wer eine persönliche Einladung zu dieser Veranstaltung erhält?